



## Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

§§ Angesichts der neuen Schikanen und brutalen Forderungen der Franzosen im besetzten Gebiete, die die Rückkehrerlaubnis für die Ausgewiesenen nahezu illusorisch machen, haben, wie verlautet, inzwischen diplomatische Vorstellungen Deutschlands stattgefunden, die sich in der Hauptsache auf die Wohnungsfrage der Ausgewiesenen beziehen. Für den heutigen Mittwoch ist im Reichsministerium für die besetzten Gebiete eine Besprechung mit den in Frage kommenden Instanzen vorgesehen, um im Einvernehmen mit den Landesregierungen dafür zu sorgen, daß von deutscher Seite alles geschieht, um den Ausgewiesenen die Rückkehr zu ermöglichen. Die Maßnahmen französischer Militärinstanzen, wie die Verschlagnahme des Düsseldorf-Regierungsgebäudes und die Inanspruchnahme von 400 Wohnungen in Wiesbaden, sind, wie weiter verlautet, ebenfalls zum Gegenstande von Vorstellungen in Paris gewesen. Der deutsche Botschafter ist, wie es heißt, sofort nach dem Bekanntwerden dieser Vorgänge telegraphisch beauftragt worden, in Paris Einbruch zu erheben.

## Die Herabsetzung der Kohlenpreise.

Zu der Meldung über eine Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise um 20 Prozent ab 1. Juli verlautet noch, daß in der Vertagung der Reichstageskammer aus Rheinland-Westfalen die Absicht umfangreicher Betriebsstilllegungen fallen gelassen worden ist. Man will zunächst abwarten, ob nicht infolge der Kohlenpreisherabsetzung eine Senkung des Ablasses eintritt.

## Dr. Luther über die Finanzlage.

Berlin, 1. Juli. In einem Interview des Reichsfinanzministers Dr. Luther, welches er dem Vertreter der Rotterdamer „Courant“ über die Finanzlage des Reichs gewährte, wies er u. a. darauf hin, daß das Reich bei einem Jahresumsatz von 8 Milliarden Mark nur einen Betriebsfonds von 80 Millionen hat. Er betonte ferner, daß das Budget 1924 einen Fehlbetrag von 470 Millionen vorstelt und fügte hinzu, daß es nur durch größte Sparanstrengung möglich war, bisher die Lasten zu tragen, die Deutschland durch die Besetzung von Rhein und Ruhr, sowie durch die Vorenthaltung der dortigen Einnahmen, Steuern usw. entstehen. Der Damesbericht legt aufs deutlichste klar, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufbringen vermag. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginnt jetzt wirklich verzweifelt zu werden. Man muß angesichts der Anträge auf Stundung oder Erlass der Steuern, mit größter Sorge in die Zukunft blicken. Am 1. Oktober 1924 wird das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen Mark haben, zu dessen Deckung weder neue Steuern, noch eine langfristige Anleihe möglich sind. In diesem Betrag nicht eingerechnet ist die jetzt notwendig gewordene Beihilfe für Reparationsleistungen der Ruhrkohlenindustrie im Juli. Die Reichsregierung beschloß diese Beihilfe nur, um in der Welt zu zeigen, daß Deutschland die äußersten Anstrengungen zu machen bereit ist, um das Sachverständigenurteil nicht zu gefährden.

## Gefenarbeiter und Munitions-Lösung.

Danzig, 2. Juli. In Neufahrwasser fand gestern Abend eine Versammlung der Polizei- und Gefenarbeiter statt, in der über die während der Lösung des polnischen Munitionsdampfers „Maria“ erfolgte Löschung des Gefenverkehrs beraten wurde. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in der sich die Verbände an den Kommissar des Völkerbundes mit der Bitte wenden, beim Völkerbund dahin vorstellig zu werden, daß sich die am Sonntag getroffenen Sperremaßnahmen nicht wiederholen. Es wird darauf hingewiesen, welche schwere Schädigung durch diese Maßnahme nicht nur für die Gefen- und Arbeiter, sondern für das Ansehen und die Entwicklung des Danziger Gefenverkehrs überhaupt aus den Munitionstransporten und den damit verbundenen Beschäftigungen entstehen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß einige Tausend Gefenarbeiter mit ihren Familien in Neufahrwasser und Prosen wohnen, und dadurch im Falle einer Explosionskatastrophe den größten Gefahren preisgegeben sind. Die Gefenarbeiter erklären, daß sie nicht gewillt seien, dies hinzunehmen, und bitten dringend um Abhilfe.

## Die Londoner Konferenz.

Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Auf dem Quai d'Orsay fand gestern nachmittag eine große Versammlung statt, die sich auf die bevorstehende Londoner Konferenz bezog. Anwesend waren der Ministerpräsident Herriot, der Präsident der Reparationskommission Barthou, dessen Stellvertreter Rouleau, der Direktor der politischen Angelegenheiten des auswärtigen Amtes Beretti della Rocca, für Handelsangelegenheiten Sebrou, das französische Mitglied im ersten Sachverständigenausschuß Parlamentier und der Ratspräsident des Ministerpräsidenten Bergerie, der als früherer stellvertretender Generalsekretär der Reparationskommission vor allem die Aufgabe hatte, im auswärtigen Amt die Reparationsfrage zu bearbeiten. Erörtert wurde insbesondere die Durchführung des Damesplans. Es soll ein geeignetes Programm ausgearbeitet werden, das die französische Forderung auf der Londoner Konferenz unterstützen wird. Vor allem sollten die Garantien festgelegt werden, welche Frankreich für die Durchführung der Sachverständigenvorschläge verlangt. Ferner wurde erörtert der Austausch der Forderungen, die Frage der rheinischen Eisenbahnen usw. Sobald die französischen Vorschläge ausgearbeitet sein werden, sollen sie dem belgischen Ministerrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß Mussolini der Londoner Konferenz nicht beizuwohnen wird. Italien wird durch den Finanzminister de Stefani vertreten sein.

Die japanische Regierung nahm die Einladung zur Londoner Konferenz an. Japan wird durch seine Botschafter in Paris und London auf dieser Konferenz vertreten sein.

## Amerika und Deutschlands Finanzen.

Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der amerikanische Botschafter in Berlin Houghton traf gestern in New York ein. Er wird mit dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes in Washington konferieren. Zeitungsvertretern gegenüber erklärte er, daß Deutschlands Wirtschaftslage sich bessere. Allerdings habe Deutschland unter dem Mangel an Kapital zu leiden. Die Durchführung des Damesplans sei der Schlüssel für die wirtschaftliche Wohlfahrt Europas der nächsten 100 Jahre. Auch Amerikas Wohlstand stehe mit der Durchführung des Damesplans in Zusammenhang, weil dieses in größerem Umfang Waren nach Europa werde ausführen können. Houghton glaubt, daß Deutschland den Damesplan annehmen werde.

Die Guaranty Trust Company von New York gab gestern eine Erklärung aus, worin sie fragt, ob der Reichstag die notwendige Zweidrittelmehrheit zustande bringen werde, um die Eisenbahnen einer neuen Gesellschaft zu übergeben. Deutschland sei ein kapitalistisches Land ohne Kapital. Es bestehe eine verwickelte Wirtschaftsmaschinerie, welche aber ohne Kapital nicht in Bewegung gesetzt werden könne. Die Schwierigkeiten der Industrie in Deutschland seien auf die Rentenmarkt und die Kreditbeschränkungen zurückzuführen. Es sei falsch, daß Deutsche in Italien und anderswo ihr Geld verschwendeten. Schieber sollten allerdings in Deutschland und überall verurteilt werden.

Das amerikanische Bankhaus Spahr u. Co. gibt heute mit anderen Banken den amerikanischen Anteil an der ungarischen Anleihe in der Höhe von 7½ Millionen Dollar aus. Bei dieser Gelegenheit erklärte das Bankhaus Spahr u. Co., daß der Erfolg der ungarischen Anleihe die Ausgabe einer deutschen Anleihe in Amerika erleichtere.

## Neuwahlen in England?

Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Sofort nach der Annahme des Budgets im englischen Unterhaus werden die politischen Parteien mit der Organisation des Wahlsatzes beginnen. Man nimmt an, daß die Unterhauswahlen im Laufe des Oktober stattfinden.

## Das Tunnelprojekt.

London, 1. Juli. Heute fand eine Besprechung des Problems der Frage der Unternehmung des Karmelkanals in der Vertagung des Komitees für Verteidigung des britischen Reiches statt, auf der MacDonald den Vorsitz führte. Von den gleichfalls eingeladenen früheren Premierministern waren Baldwin, Balfour, Asquith und Lloyd George zugegen. Ferner nahmen an der Besprechung verschiedene Mitglieder der gegenwärtigen Regierung sowie Militärs, Marine- und Luftfahrtfachverständige teil. Die Mitglieder des Komitees sind. Ein Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen wird in nächster Zeit ausgegeben werden.

## Neuer faschistischer Anmarsch auf Rom.

Rom, 1. Juli. Die faschistischen Faschisten drohen mit einem zweiten Marsch nach Rom, wenn die Oppositionspartei ihren Widerstand gegen die Faschisten fortsetzen sollte. Der Abgeordnete Saraceno mahnte in einer Zusammenkunft von tausenden Faschisten aus ganz Italien die Versammlung zur starken Sammlung für eine baldige zweite Bewegung, bei der die Faschisten ebenso gewiß wie beim Marsch auf Rom siegen oder sterben müßten. Ein Vertreter des faschistischen Direktoriums erklärte, wenn die Minorität ihren Kampf nicht aufgibt, seien die Faschisten ganz Italiens bereit, ihr Blut für die Wiederholung der Heldentaten des ersten Marsches auf Rom zu opfern.

## Wieder ein Überfall auf einen italienischen Sozialisten.

Paris, 2. Juli. Die „Agence Journal“ meldet aus Rom, der frühere sozialistische Abgeordnete Angelio sei von zwölf Unbekannten überfallen worden. Auf die Hilferufe des Abgeordneten eilten ihm ungefähr zwanzig Personen zu Hilfe, und zwangen die Angreifer, die Flucht zu ergreifen. Ein Bürger hat die Behörden von dem Attentatsversuch unterrichtet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

## Anlage gegen Raditsch.

D. Belgrad, 2. Juli. Die Regierung hat der Staatsanwaltschaft in Agram umfangreiches Anlagematerial gegen den kroatischen Bauernführer Raditsch und gegen die Führer seiner Partei sowie gegen einige Abgeordnete übermittelt, damit gegen alle die Anlage wegen Hochverrats erhoben werde. Die Auslieferung Raditschs wird von der Stupskina verlangt werden. Nach den Ermittlungen der Regierung hat Raditsch mit den Führern des revolutionären Komitees in Bulgarien die Loslösung einzelner Teile Südslawiens vorbereitet und hat zu diesem Zweck in Wien Zusammenkünfte mit bulgarischen Komiteemitgliedern gehabt, um eine gemeinsame Aktion gegen Südslawien einzuleiten. Weiter wird die Regierung Raditsch Propaganda für die Habsburger und Propaganda gegen den Militärdienst sowie eine Reihe von Freizeitschriften vor.

## Die Einwanderung nach Amerika.

Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die gestern veröffentlichten amerikanischen Einwanderungsfiguren beweisen, daß Deutschland die höchste Zahl der Einwanderer gewährt wurde, nämlich 51 227; dann kommt Großbritannien mit 34 000, die Tschechoslowakei mit 3073, Österreich hat 785, Ungarn 473, Polen 5982, Jugoslawien 671, Italien 3845. Der amerikanische Veröffentlichung wird die Warnung hinzugefügt, daß Staaten, welche von Amerika noch nicht anerkannt wurden, sich nicht auf der Annahme berufen lassen sollten, daß die Bestimmung der Einwandererzahlen dieser Staaten irgend etwas mit der Anerkennung durch die Vereinigten Staaten zu tun hätte.

## Die Präsidentenwahl in Amerika.

Paris, 2. Juli. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der demokratische Konvent in den Vereinigten Staaten konnte nach 24 Wahlgängen noch immer nicht zu der Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten gelangen. Im 24. Wahlgang erhielt MacAdoo 438 Stimmen, Smith 308, der frühere Vizepräsident in London, Davis, 129. Die Wahlhandlung wird heute vormittag um 11 Uhr fortgesetzt werden. Hinter den Kulissen wird stark gearbeitet, um einige Kompromisskandidaten ausfindig zu machen. Als solche gelten William Bryan und Davis. Letzterer wird bekanntlich der Vorwurf gemacht, daß er Morgans Abwahl sei. Seine Anhänger bestritten aber seine Kandidatur mit der Begründung, daß er ein großer Volksheld war und als ausgezeichnete Rechtsanwaltschaft und Verwalter gelten könne.

## Das Programm der bayerischen Regierung.

München, 2. Juli. In der Plenarsitzung des bayerischen Landtages entwickelte der neugewählte Ministerpräsident Held im Anschluß an die Vorstellung des neuen Kabinetts das Programm der Regierung. Nachdem der Ministerpräsident dem früheren Ministerpräsidenten von Knilling und dem früheren Minister des Innern Schreyer für ihre Wirksamkeit gedankt hatte, kam er u. a. auf die Sorge um die bedrohte deutsche Westmark zu sprechen. Er führte hierzu aus:

Im Gesicht der deutschen Lande von Speyer bis nach Köln prägt sich das deutsche Elend und die deutsche Ohnmacht am schrecklichsten aus. Die Rheinfrage ist aber nicht nur eine deutsche Schicksalsfrage, sie ist wieder einmal zur europäischen Frage geworden. Von ihrer Lösung hängt es ab, ob Europa den Frieden bekommt, den seine Völker ersehnen, dessen Zustandekommen aber immer noch auf das Schwerkste gefährdet ist, weil sich bei denen, in deren Händen heute in erster Linie das kommende Schicksal der alten Welt gelegt ist, immer noch nicht die Erkenntnis durchgegrungen hat, daß die Machtstellung der europäischen Großmächte in der Welt davon abhängig sein wird, daß alle europäischen Staaten — vornehmlich die Länder, die durch den Ausgang des Krieges am meisten gelitten haben — aus dem Zustand der Erschöpfung herauskommen. Damit Deutschland wieder zum Leben kommt, bedarf es der Freiheit am deutschen Rhein. Das ist notwendig um der deutschen Wirtschaft willen, eben so sehr aber notwendig, um der deutschen Ehre willen, woran das deutsche Volk auch in der schrecklichsten Zeit materieller Bedrückung denken muß, woran aber auch die anderen denken müssen, wenn es ihnen nicht nur eine Phrase ist, daß ihnen die Wiederherstellung des Friedens in Europa am Herzen liegt.

Eine Lösung der Rheinfrage, die dem Frieden dienen soll, kann nur deutsch sein, denn deutsch ist der Rhein. Was unsere Pfälzer Brüder für den Kampf um die Erhaltung des Deutschtums bisher geleistet haben, ist ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte. Wir im rechtsrheinischen Bayern danken es ihnen jeden Tag, was sie in schwerer und bedrohter Vorpostenstellung erdulden und ertragen müssen. Die Pfalz in ihrem Abwehrkampf innerlich und äußerlich stark zu erhalten, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben einer guten deutschen und guten bayerischen Staatspolitik. Wie die bisherigen bayerischen Regierungen, so wird sich auch die neue bayerische Regierung in ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, keine Stunde ihr Augenmerk von den pfälzischen Angelegenheiten abzuwenden. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß die Aufrechterhaltung der altbewährten historischen Verbindung der Rheinpfalz, die in einem glücklichen Jahrhundert Bayern seine Könige geschenkt hat, mit dem rechtsrheinischen Bayern eine deutsche Sache ist, weil die Verankerung der Pfalz in Bayern die beste Garantie für ihre unlösliche Verbindung mit Deutschland ist. Daran wird die neue Regierung jederzeit unentwegt festhalten, gestützt auf die unendlichen Beweise der Treue zu Bayern, welche die Pfälzer Bevölkerung gerade in schwersten Zeiten gegeben hat. In diesem Sinne entbiete ich der treuen Pfalz meinen Gruß und unseren Dank.

Der Ministerpräsident wies sodann auf die Verwirrung im politischen Leben und die Wirtschaftsanot hin. Die größte Gefahr sehe er in den subversiven, absolut staatsfeindlichen Bewegungen, die von der Dritten Internationale in Moskau den Antrieb und die Kraft erhielten. Das vergangene Jahr habe das politische Leben Bayerns und den bayerischen Staat selbst den allerhöchsten Erschütterungen ausgesetzt, deren Folgen namentlich auch nach außen außerordentlich schwächend gewirkt hätten und die noch lange nicht überwunden seien. Voraussetzung und Garantie jeder Freiheit sei nur ein Staat, der getragen ist von einer einheitlichen Gewalt und Autorität. Die Hauptursache der unseligen, den Staat in seinen Grundfesten bedrohenden Entwicklung liege zweifellos in der Revolution von 1918, die das schwerste Verhängnis für die Staatsbestimmung des Volkes und seine Wohlfahrt gewesen ist. Was sich inzwischen alles an falscher Einstellung zum Staat ausgebreitet hat, an Würgungen, Putschversuchen usw. finde seine Erklärung, wenn auch nicht seine Entschuldigung als Folgewirkung des gewaltigen Umsturzes vom November 1918. Das oberste Ziel der Regierungen unserer Tage muß sein, fuhr der Ministerpräsident fort, jede Revolutionsgesinnung zu überwinden durch Erziehung zum Staat und für den Staat. Eine verfassungsmäßige Regierung allein kann die Trägerin der Staatsgewalt sein. Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt darf es in einem geordneten Staat nicht geben. Jede Nebenregierung führt auf die Dauer zum Ruin des Staates. Alle bürgerlichen Bewegungen und Organisationen, deren Ziel und Größe die Wohlfahrt der Gemeinschaft ist, sind aufrichtig zu begrüßen. Engherzige parteipolitische oder machtpolitische Ziele Einzelner dürfen in solchen Bewegungen keine Rolle spielen. Revolutionsbeamte sind in einem Rechtsstaat in jeder Fassung unmöglich. Ihrer muß sich die Staatsregierung durch eine strenge Anwendung ihrer disziplinarischen Gewalt entziehen.

Es könne nicht seine Aufgabe sein, führte Ministerpräsident Held weiter aus, rückwärtig über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der überreichlichen Kritiken namentlich an Urteilen der Gerichte eine Entscheidung zu treffen. Die Führung der bayerischen Regierung müsse und werde unter allen Umständen die absolute Unabhängigkeit und Freiheit der nur dem Gesetz und dem eigenen Gewissen unterworfenen Richter schützen, die Justizverwaltung nach den Grundsätzen einer gewissenhaften Geschäftigkeit pflegen, die Sicherung der Rechtsgleichheit angestrebt werden und die Justizhoheit des bayerischen Staates als eine wesentliche Voraussetzung wirklicher Eigenstaatlichkeit zu erhalten trachten. Held betonte weiter, daß die Unzufriedenheit mit unserer Staatsform es der Staatsregierung zur gebieterischen Pflicht mache, auf eine vernünftige Ausgestaltung und Reform der Verfassung Bedacht zu nehmen, die sich nur in legalen Formen vollziehen dürfe. Die nationale Jugendbewegung müsse sich bewußt bleiben, daß nur in einer gesetzmäßig geordneten Gemeinschaft das Freiheitsziel zu erreichen ist. Angesichts der drohenden Wirtschaftskatastrophe gelte es, eine vernünftige produktionsfördernde Politik auch in der Steuererhebung zu führen.

Über das Verhältnis Bayerns zum Reich führte der Ministerpräsident sodann aus: Uns liegt nicht nur die Pflicht ob, auf Bayerns Wohlfahrt und Gewinn Bedacht zu nehmen,



**Wien** auch für das Reich mitzufürsorgen und mitzuopfern. Freudig bekenne ich mich zum Reich und zu seiner Einheit, Geschlossenheit und Größe, vor allem zu einem Programm der Reichspolitik, das die Weltgeltung des Reiches und seinen Einfluß in der äußeren Politik wieder neu fundiert, zielbewußt aufbaut und dauernd sichert. Für den inneren Aufbau des Reiches sehe ich die Voraussetzung seiner Gefundung und Wiedererstarkung nicht in einer schablonenhaften Unitarisierung. Kraftvolle in ihren eigenen Verhältnissen möglichst freie Einzelstaaten in eigener Selbstbestimmung sind ein besseres Fundament für die Reichsgröße und Reichseinheit als sie in der zwangsmäßigen Vereinheitlichung nach der Weimarer Verfassung gegeben ist. 44 Jahre Deutschen Reichs- und Staatslebens sollen uns eine andere Staatserkennnis vermitteln haben. Ich stehe, was Neuregelung des Verhältnisses zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich bezog, die Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft, auf dem Boden der bekannten Denkschrift, die von der Vorgängerin der gegenwärtigen bayerischen Regierung an die Reichsregierung gerichtet wurde. Insbesondere betone ich, daß in irgend einer Form wieder eine höhere Verfassungsbedeutung unserer Eisenbahn und Post erreicht werden muß, daß vor allem auch die Finanzhoheit des bayerischen Staates und seine eigene Finanzverwaltung, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches und einer gesunden Entwicklung verträgt, wieder zurückgewonnen werden müssen.

Wenn ich mich zu einem föderativen Aufbau des Deutschen Reiches, und zwar eines großdeutschen Reiches bekenne, bin ich mir durchaus bewußt, daß nicht in allem und jedem, was Inhalt und Form betrifft, alles wieder so gestaltet werden kann, wie es vor dem Jahre 1914 im Reich Bismarckscher Prägung der Fall gewesen ist. Die einzelnen Staaten und das Reich müssen in gegenseitigem Vertrauen und in der Abwägung der gegenseitigen Lebensinteressen sich verstehen lernen und wechselseitig für einander sorgen. Konflikte zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich sind beide vom Übel. Da aber, wo die Lebensnotwendigkeiten der eigenen Staatlichkeit Bayerns es verlangen, ohne daß dadurch das Reich selbst in seinem geschlossenen Bestand und in seiner Machtstellung nach außen gefährdet wird, gehe ich auch einem Konflikt nicht aus dem Wege. Besteht in Berlin, was ich annehmen möchte, der gute Wille zur Verständigung und zum Ausgleich, wie er bei mir und uns besteht, dann wird es zu unangenehmen Auseinandersetzungen nicht kommen.

Der Ministerpräsident gedachte dann der Aufgaben, die sich aus der seelischen Not unseres Volkes ergeben und betonte weiter: Die durch die Revolution im Verhältnis des Staates Bayern zur katholischen Kirche geschaffenen Ruinen gelte es möglichst schnell durch ein neues Konfessionsgesetz zu beseitigen. Auch für die protestantische Kirche müsse zugleich eine ähnliche Neuordnung der Dinge herbeigeführt werden. Dem Landtage würden in kürzester Frist die entsprechenden Vorlagen zur Entscheidung unterbreitet werden können. An der Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen im Staate dürfe nicht gerüttelt werden. Jeder Störung des konfessionellen Friedens werde die Regierung unnaheförmlich entgegengetreten. Auch die Presse bitte er dringend jeder Art von Hetze, vor allem der konfessionellen Hetze, ihre Spalten rücksichtslos zu verschließen. Viel Erbitterung und viel Haß würden erspart, wenn die politischen und parteipolitischen Fehden in der Presse mit größerer Sachlichkeit geführt würden. Seine Kollegen von der Presse möchten mit ihm das große Ziel verfolgen, dem Staat wieder seine alten Grundlagen zu geben, ihm neue Freunde zu erwerben und ihn in der Erfüllung seiner Aufgaben für das Volk und die Volksgemeinschaft zu unterstützen.

Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, dem moskowitzischen Kommunismus sollte ein edler menschenwürdiger gottgeordneter Kommunismus der Arbeit und Pflicht gegenübergestellt werden. Vertrauen und Unterstützung erbiete er nicht nur vom Landtag, sondern von allen staatsgesinnenden Bürgern im Lande. Der Ministerpräsident schloß: „Ich will es offen vor aller Welt betonen: Ich habe mich bei meinem Entschluß, das Amt zu übernehmen, unter dem Schutz des allmächtigen und barmherzigen Gottes gestellt und mit seiner Hilfe hoffe ich meine Pflicht zu erfüllen und meinem Volk und Vaterland auch in der neuen Stellung zu dienen zu können, daß ich mir vor meinem Gewissen keinen Vorwurf zu machen habe, und daß ich vor dem Richterstuhl der Geschichte bestehen kann.“

## Sirmione.

Von Gräfin Brockdorff.

Auf meinem Schreibtisch blüht ein Strauß roter Moosblumen. Eines der großen, seidenen Blütenblätter fiel herab und legte sich auf die Öffnung meines Schreibzeuges. Will es verhindern, daß ich von der Pracht da draußen erzähle?

Sirmione steht im Zeichen des roten Mooses. Wie ein leuchtender Kardinalsmantel hat er sich über die Halbinsel Gattullo gelegt und seine Ränder hängen hinunter bis in die Wasser des Sees. Einzelne stolze, hochragende Königssternen brennen gelb darin, sonst ist alles rot, heiß, glühend. Das altfahrbare, schwere Laub der Olivenhaine, durch das ein lichtblauer Himmel schimmert, dämpft nicht, sondern hebt nur die Glut der Farbe. Sirmione steht im Zeichen des Mooses, der seine kurze, aber glänzende Herrschaft angetreten hat. Nur wenige Tage, dann liegen die weissen Blätter wie vertrocknete Blutstropfen am Grafe, vorbei alle Pracht. Heute jedoch blüht alles und die Sonne scheint lächelnd und stark auf das rote Blumenmeer, Thymian und Melisse erfüllen die Luft mit ihrem gewürzreichen Duft und die Wasser des Sees rauschen kaum hörbar an die Ufer und Klippen.

Es läßt sich gut sitzen dort unten an den Grotten des Catull, jenen mächtigen, römischen Unterbauten, die man einem Landhaus des Dichters zuschreibt, der hier öfters von seinem bewegten römischen Leben ausgeruht und seine Lieder gedichtet haben soll. Auch Virgil hat von hier den laus venacae besungen, wenn eine „burrusca“, eine Sturmslut, darauf wütet und die Wogen schwarzblau aufsteigt.

Heute strömt keine Flut an diesem lauchenden Junimorgen. Leise und glasig plätschern die Wellen über die flachen, rotgelben Klippen und dann weiter herein sich vom hellsten Türkis bis zum sattesten Saphirblau zu färben. Weit wie ein Meer dehnt sich der Gardasee hier aus. Weißen Korallenschnüren gleich schmiegen sich die kleinen Städtchen und Dörfer an seine gegenüberliegenden Ufer. Grüngolden ragt das scharfgeschnittene Kap Manerba aus den Fluten und ragt der Monte Baldo über dem Kap San Vigilio empor. Bewegunglos liegen die Boote, die zum Seebad auslaufen, mitten im See. Ab und zu taucht ein goldgelbes, kleines Segel am Horizont auf, springt ein silberner Fisch aus dem Wasser und hinterläßt schimmernde Ringe. Weiße und dunkele Schmetterlinge jagen sich in tändelndem Spiel, schlanke grüne und braune Eidechsen huschen lautlos über die sonnenklimmernden Steine.

Sich, eben wird die Stille unterbrochen. Es knattert und knarrt, pfeift, tutet und pfeift. Auf der einzigen, schmalen Landstraße jagen Autos und Motorräder einher. Menschen erscheinen. Bei den hellen, kurzen, ausgehöhlten Kleidern der Damen könnte man an Nymphen und Dryaden denken, wenn nicht spitze Stöckel, schuhe und wilde Pudellöden sie als Kinder der Neuzeit kennzeichnen. Vielleicht hat auch mancher der Herren noch den faunischen Wodschuß, aber er weiß ihn geschickt in Seidenstrumpf und bräunem Modeschuh zu verdecken.

## Die Rechte der bayerischen Beamten.

4. München, 1. Juli. Im Verfassungsausschuß des Landtages erklärte Finanzminister Krausnick, daß er es als eine Selbstverständlichkeit betrachte, daß die Staatsverträge nicht bloß dem Diktator, sondern auch dem Geiste nach erfüllt werden. Nachdem aber die Beamten nur besorgt sind, ihre wohlverworbenen Rechte nach der Umbildung der Reichseisenbahnen in ein selbstständiges Unternehmen gemäß dem Dawes-Plan aufrecht zu erhalten, beabsichtigt er an die Reichsregierung heranzutreten, damit diese eine diesbezügliche verbindende Erklärung über die Sicherheit der Verkehrsbeamten abgebe. Nach den bisherigen Erklärungen der Reichsregierung sei die Gewährleistung dieser Rechte zu erwarten. Ebenso werde bei der Reichsregierung darauf hingewirkt werden, daß die Befolgung der Verkehrsbeamten auch nach der Umbildung der Reichsbahn nicht schlechter gestellt werden soll, als wenn sie im Dienste des Landes stehen würden. Was die Sicherung und Erhaltung des Berufsbeamtentums anlangt, so glaube er, daß das Berufsbeamtentum nicht geschmälert werde im Hinblick darauf, daß die Reichseisenbahn später wieder in die Hände des Landes zurückgeführt werden soll.

## Französische Rechtswidrigkeiten.

Nachdem die Franzosen seit 1920 eine ganze Reihe Landgüter im altbesten Gebiet (die Domäne Armada bei Wiesbaden, das Hofgut Rheingrafenstein bei Kreuznach, das Gut Dreihof bei Landau, die Domäne Moscheider Hof im Landkreis Trier, die Domäne Admatsthal bei Wiesbaden, das Gut „Haus Dertum“ im Kreise Guxstaden) zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen beschlagnahmt und die Wegnahme weiterer Landgüter angekündigt haben, sind sie neuerdings dazu übergegangen, auch Landgüter im Einbruchgebiet wegzunehmen. In Stockum bei Düsseldorf haben sie ein Gehöft nebst Wirtschaftsgebäuden und etwa 80 Hektar Land, das noch dazu mit Getreide (Kartoffeln) bestellt sein soll, als Unterrichtsgut gefordert. Weiterhin haben sie das Gut „Haus Stabe“ in Jäten bei Kettwig mit etwa 70 Hektar Land zur Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule beschlagnahmt. Der Pächter hat das Gut in kürzester Zeit mit seinem gesamten Hausrat und wertvollen Viehbeständen räumen müssen. Das Gut „Haus Stabe“ ist der größte landwirtschaftliche Betrieb des Kettwiger Bezirkes. Die Beschlagnahme muß daher auf die Ernährungsverhältnisse der dortigen stark besetzten Gegend äußerst schädlich einwirken. Die rechtswidrige Beschlagnahme von Landgütern im Einbruchgebiet zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen, also eines auf lange Sicht gestellten Unternehmens beweist, wie wenig die Franzosen daran denken, diese Gebiete entsprechend den Vorschlägen des Dawes-Gutachtens zu räumen.

## Graf-Prozess.

Stettin, 1. Juli. Im Graf-Prozess soll am Mittwoch die Zeugenvernehmung beendet und am nachmittags viel leicht schon mit den Verhandlungen begonnen werden. Heute wurden noch die Offiziere vernommen. Sie wußten, daß die in Klagen beurteilten nicht die Täter waren. Zeuge Leutnant Brüdemann, seinerzeit Adjutant beim Oberstwachmeister Christen, gibt zu, daß er alles getan habe, um die Nachforschungen der Belgier zu erschweren. Zeuge Oberstwachmeister Christen erklärt, daß er wegen eines gegen ihn schwebenden Verfahrens wegen Meineids und Begünstigung die ihn etwa belastenden Fragen nicht beantworten werde. Auf die Frage des Vorsitzenden, wann der Zeuge zuerst von den Tätern erfahren habe, verteidigt der Zeuge die Antwort. Er erklärt ferner, daß er niemals einen Deutschen einem Belgier verraten würde. In ihm habe die Meinung geschwankt, wer die wirklichen Täter waren. Als Frau Reinhardt seiner Frau gesagt habe, Leutnant Sander und Hauptmann Gollas wußten die wirklichen Täter, habe er Major Wilschel befohlen, ein Protokoll aufzunehmen. Daß er das Protokoll nicht weitergeben würde, habe er nicht gesagt. Der Oberstwachmeister befreit sodann, daß die Behauptung, Leutnant Sander habe bei der Tat eine ähnliche Rolle, wie sie dem Leutnant Reinhardt von den Belgiern zugeschrieben wird, gespielt, von ihm ausgegangen sei. Die Sitzung wird dann auf Mittwoch vertagt.

Das Licht und Lacht, steigt hinunter zu den Klippen, wirft flache Steinchen in den See, springt und klettert ein wenig und setzt seine Robats in Tätigkeit. Dann, schnell wie er gekommen, ist der ganze Spuk wieder verschwunden.

Menschen von heute und doch auch Menschen wie einst. Liebe und Haß, Hunger und Geld, Feigheit und Mut, es ist alles das gleiche wie vor Tausenden von Jahren.

Die Menschen ändern sich nicht, nur ihre Kleider. Endet doch auch die Natur ihr Gewand und zeigt damit ihr ewig wechselndes Leben.

Wald ist die rote Herrlichkeit vorbei und eine andere beginnt. Aber immer bleibt wahr, was Carducci singt:

„Sieh, wie im leuchtenden See das grüne Sirmio lächelt die Blume der Halbinsel.“

Kosend bestrahlt es die Sonne, gleich einer silbernen Schale dehnt ringsum der Venacius sich.“

## Bunte Chronik.

st. Im Juli 1923 war aus der Berliner Nationalgalerie das liebenswürdige kleine Bild von Karl Spitzweg „Heimkehrender Klausner“ gestohlen worden. Die Aussicht, das Bild wieder zu erlangen, war nicht sehr groß. Trotzdem ist aber der Klausner, wie der „Kunstwandler“ berichtet, heimgekehrt. Das Bild hängt wieder an seinem alten Platz, als wäre ihm nichts geschehen. Und doch gar manches hatte sich in der Zwischenzeit mit ihm zutragen. Da hatte der entartete Kunstfreund und Dieb des Bildes aus dem Rahmen herausgehoben und war unbemerkt entkommen. Zu Hause hat er dann versucht, den Stempel der Galerie von der Rückseite des Bildes zu entfernen. „Klausner“ war auf Papier gemalt und dieses auf ein Papptuch aufgeklebt — zu entfernen. Das gelang ihm aber nicht, wohl aber beschädigte er das Bild dabei einigermaßen. Auch daß er kräftig und ungehindert firmierte, war von Übel. Genuß, seine Bemühungen und sein Gerumbatieren, die ihn selbst nicht befriedigten machten, führten ihn zu dem gewiß recht löblichen Entschluß, den „Klausner“ der Galerie wieder aufstellen zu lassen, und zwar durch Vermittlung eines Notars, der Unabwendbarkeit gelobte und bewahrte. Geschichte künde bester aus, was auszubessern war. Es hat sich also wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß Bilderdiebstahl für den Dieb eine heisse Sache sind. Bilder kann man nicht einschmelzen. Bilder sind leicht zu beschreiben, ihr Abbild kann man Zeichnungen und Reisschriften zur Veröffentlichung ausstellen.

d. Um die heisse Liebe der Elsäßer und Lothringer für Frankreich aller Welt ad oculos zu demonstrieren, veranstaltet der „Matin“ seit Jahr und Tag Reisen gewisser Elsäßer Berufsgruppen nach Paris, wo diese dann von allen möglichen Behörden empfangen werden. So traf in den letzten Tagen eine Abordnung Elsäßer Lehrer und Lehrerinnen in der französischen Hauptstadt ein, die u. a. auch dem Unterrichtsminister Francois Albert vorgestellt wurde. Dabei hielt der Führer der Abordnung, der Straßburger Schullehrer Aubin, eine Ansprache, worin er betonte, die Elsäßer Lehrer hätten geradezu eine bewundernswürdige Tat verrichtet, indem sie nach dem Waffenstillstand in kürzester Zeit französisch lernten und jetzt taßellos den Unterricht in französischer Sprache erteilen könnten. Ein Lehrer vom Ober-Rhein hob hervor, daß die Elsäßer Lehrer in jeder Beziehung das

## Die österreichische Beamtenfrage.

w. Wien, 1. Juli. Im Nationalrat führte in der Aussprache über den Bericht des Finanzministers Dr. Riebenboeck über Genfer Verhandlungen der Sozialdemokrat Dr. Bauer das Beispiel Deutschlands, Bolens und Sowjetrußlands, die die Frage nahe, ob die Stabilisierung der Krone nicht auch auf Genf zu erzielen gewesen wäre. Die Regierung habe in Genf nichts erreicht. Bauer protestierte weiter dagegen, daß die Regierung infolge der Genfer Beschlüsse die pensionierten Beamten von der Beförderungsausschüsse ausschließe. — Finanzminister Dr. Riebenboeck erwiderte, Dr. Bauer habe nicht von den großen Fortschritten gesprochen, die in Bezug auf die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt gemacht worden sind. Der Minister wies entschieden die Behauptung zurück, es in Genf irgendein Diktat gegeben habe: „Es ist bei den Verhandlungen im Finanzkomitee das Beamten- und Pensionistenproblem erörtert worden. Es hat uns aber niemand zugezogen, daß wir eine Bindung übernehmen. Es ist unmöglich, im Rahmen des Normalbudgets, das alle Vertreter wollen und müssen, für die Beamten und Pensionisten mehr zu geben, als die Regierung vorgeschlägt.“ Der Christlichsozialen Majora stellte unter lebhaftem Beifall der Mehrheitsparteien fest, daß das Hauptverdienst an der Herstellung geordneter Verhältnisse in Österreich in allererster Linie der Bundeskanzler Dr. Seipel habe. Die an den Genfer Verhandlungen geübte Kritik entspreche nur dem Gefühl einer hoch gespannten Erwartung. — Der Großdeutsche Dr. Waber betonte, daß eine weit über die bloße Stabilisierung des Geldwerts hinausgehende Besserung der Verhältnisse als Folge der Sanierung eingetreten sei. Er hoffe, daß es schließlich in der Beamtenfrage doch zu einer Einigung mit der Regierung kommen werde. Unter dieser Voraussetzung werde seine Partei nach Vor der Regierung ihre Unterstützung leihen. Die nächste Sitzung des Nationalrats findet am Freitag statt.

## Wöllersdorf.

D. Wien, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem in der Beratung zwischen der Regierung und dem Berliner Metallum-Kongress über die Neugestaltung der Verhältnisse in Wöllersdorf kein weiterer Fortschritt erzielt werden konnte, ist eine Stilllegung der Wöllersdorfer Betriebe sehr wahrscheinlich geworden. Der Wöllersdorfer Aktiengesellschaft werden von den Banken keine Kredite mehr gegeben, und die Nationalbank hat die ihr vorgelegten Wechsel der Gesellschaft nicht mehr angenommen, so daß schon die gestern fällig gewordenen Wechsel zum Protest gegangen sind. Der Metallum-Kongress lehnt eine weitere Finanzierung auf eigenen Mitteln ab, so daß schon die Auszahlung der diesbezüglichen Forderungen ungewiß geworden ist. — Von den Konzernunternehmungen der Depositionsbank ist durch den Zusammenbruch dieses Instituts die erste Gesellschaft genötigt, einen Ausgleich anzustreben. Es handelt sich um die auch im Deutschen Reich bekannte Vita-Film-Aktiengesellschaft. Sie unterhandelt mit ihren Hauptgläubigern über ein vorläufiges Moratorium und hofft, mit zwei reichsdeutschen Gruppen ein Einvernehmen erzielen zu können, um das Unternehmen wieder flott zu machen.

— Verbot von Toller's „Masse Mensch“. D. O. M. u. S. 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche dramatische Gesellschaft in O. M. u. S. plante eine Aufführung des kommunistischen Tendenzdramas „Masse Mensch“ des berühmten kommunistischen Toller. Die Polizei als Zensurbehörde hat die Aufführung mit der Begründung verboten, daß der Inhalt gegen die bestehenden Gesetze und gegen die religiösen Einrichtungen verstoße.

— Der tschechische Sumpf. D. P. r. a. g. 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerialrat im Prager Hofministerium Lichmann wurde wegen Annahme von Geschenken bei der Benutzung von staatlichen Lieferungen für die Telegraphenverwaltung u. a. auch für die Annahme von Geschenken von dem Direktor der reichsdeutschen Firma Teletra, zu sieben Monaten schwerer Kerker verurteilt.

— Streit griechischer Marineoffiziere. Ein Teil der griechischen Marineoffiziere ist in den Streit getreten; da sie die Aufforderung des Marineministeriums, den Dienst wieder anzutreten, ablehnten, wurde ihre Verhaftung angeordnet. Wie aus Athen, 30. Juni, gemeldet wird, ist eine Mobilisierung der Flotte wahrscheinlich. Die Weilegung dieser Angelegenheit wird der Marineminister demütigieren. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, die reaktionären Elemente aus der Flotte zu entfernen. Inzwischen haben die griechischen zu Ehren der englischen Flotte, die im Phälonen eingetroffen ist, begonnen unter Teilnahme von Schiffen der griechischen Flotte, deren Offiziere den Dienst verließen.

Interesse Frankreichs im Auge hätten. Der Minister meinte seiner Antwort, die Elsäßer und Lothringer seien gleichsam die jüngsten Kinder der gemeinsamen Mutter Frankreich, und man wisse, daß alle Eltern für ihre Benjaminen besondere Rücksicht empfänden. Frankreich sei stets das Land der Duldung und der Freiheit (!) gewesen, es respektiere alle Glaubensbekenntnisse und politischen Anschauungen und werde das auch den Elsäßern gegenüber beweisen. Die Hauptaufgabe der Elsäßer Lehrer und Lehrerinnen bestehe darin, die teure französische Sprache in einem Land, das sie vorübergehend vergessen habe, wieder zur Geltung zu bringen, denn das Französische sei die Sprache der höchsten Zivilisation. Zudem sei die französische Sprache ausbreiteten, erwiderte sie auch die Liebe zu Frankreich und seien so im Elsas und in Lothringen die wichtigsten Propagandisten für die Verbreitung der französischen Kultur. — Wie die doch meistens urdeutschen Elsäßer Lehrer diese bombastische und echt französische Rede aufgenommen haben, verrät der „Matin“ seinen Lesern nicht.

b. Der Umsturz in der Türkei hat eine ganze Anzahl der Großen des einstigen türkischen Reiches zur Flucht gezwungen, und das Los, das ihnen in der Verbannung zuteil wird, ist in den meisten Fällen nicht gerade rosig. Über die romantischen Schicksale dieser einst so mächtigen Männer berichten Pariser Blätter. Der frühere Sultan Mohammed VI., der in San Remo lebt, befindet sich in großen Vermögensschwierigkeiten, und er hat erst seine Schulden bezahlen können, nachdem seine Schwester einen großen Diamanten für 100.000 Francs verkauft hat. Die deutsche Gouvernante seines 13-jährigen Sohnes Ertugrul mußte entlassen werden. Ein Sohn des Sultans, der während des Krieges gestorben ist, lebt nichts desto weniger mit seiner Familie und einem einzigen ergebenden alten Diener in einem Zimmer in Paris in dürftigen Umständen. Der einzige der türkischen Prinzen, der es gut geht, ist Brinza Osman, ein Sohn von Abul Hamid. Er hat eine reiche Nichte des Königs Fuad von Ägypten geheiratet und bewohnt mit ihr eine luxuriöse Villa in der Nähe des Champ-Élysées. Gegen 150 türkische Paschas und Beys, die von der kaiserlichen Mafusa Kemal erlassenen Amnestie ausgenommen wurden, schlagen sich mühselig durchs Leben. Unter ihnen befinden sich hohe Priester, ein Großwesir, mehrere Minister und andere hohe Beamte. Einer ist in Paris Straßenhändler geworden und verkauft Zwiebeln und Bananen, ein anderer sucht sich mit dem Verkauf von billigen Strümpfen durchzuhelfen, die er auf den Hinterhöfen anbietet. Der frühere Leiter eines großen türkischen Bankhauses hat als Buchhändler Unterschlupf gefunden; ein anderer, der ein großes Privatkranienhaus in Konstantinopel hatte, hält Maronien, die er röstet und den Vorübergehenden anpreist.

## Kleine Kunstnachrichten.

— Kammerjägerin Sigrid Oegin ist von ihrer amerikanischen Tournee nach Deutschland zurückgekehrt. Die Chöre und Guldigungen, die man Sigrid Oegin in Amerika hat auswerfen lassen, stehen beispiellos da. Nach den amerikanischen Zeitungsberichten ist bisher keine deutsche Sängerin derart gefeiert worden. Wie wir hören, begibt sich Sigrid Oegin im Herbst wieder nach Amerika, um dort im Metropolitantheater New York, zu gastieren, sowie in verschiedenen Städten des Landes abzugeben. Vor ihrer Abreise wird die Künstlerin in Berlin, München, Hamburg und Breslau singen.



## Der Dawesplan und englische Klänge.

G. London, 29. Juni.

Die letzte Woche brachte hier auf dem politisch wirtschaftlichen Gebiet zwei Kundgebungen, die so viel ich sehen, in Deutschland nicht die Beachtung fanden, die sie als gesprochene Reaktionen auf den Dawesplan verdienen. Die erste dieser Kundgebungen war eine lebhafteste Vertagung der sofortigen Erhöhung der hiesigen Bankrate vier auf fünf Prozent durch zwei Autoritäten ersten Grades, Mr. Walter Reaf, den Vorsitzenden der Westminster, und durch den Handelsredakteur der „Times“. Diese Herren meinen, dieser Schritt wäre das Mittel, um Goldparität zwischen Pfund und Sterling, wie sie vor Krieg bestand, wiederherzustellen und so die Bank von London in Stand zu setzen, London wieder zu einem Goldmarkt zu machen. Der Vorschlag ist besonders seitens der Industrie auf heftigen Widerspruch gestoßen, da er, wie sie behauptet, eine weitere Deflation der um zehn Prozent oder mehr bedeute und diese nicht einen weiteren Zeitraum scharfer geschäftlicher Deflation und erhöhter Arbeitslosigkeit durchzuführen werden. Hierfür wird von der anderen Seite geantwortet, der Industrie dadurch auferlegten Opfer hinsichtlich der Preise würden zehnmal kompensiert durch erhöhte Kaufkraft des Pfundes.

Das mag sein, wie es will; recht belangreich ist aber, Reaf und seine Freunde ihre Forderung, England die abwartende Haltung, die es während der letzten Monate in seiner Währungspolitik befolgte, nun unverzüglich aufgeben und die Rückkehr zum Goldstandard beunruhigen, ausdrücklich mit Befürchtungen begründet, die an den Dawesbericht und die Haltung knüpfen, der Rat des amerikanischen Federal Reserve Board Bezug darauf eingenommen hat. Dieser Rat befürwortete bekanntlich, daß die neue deutsche Währung auf eine Goldbasis gestellt werden solle und daß Federal-Reserve-Banken erlaubt sein soll, Goldmark zu kaufen. Reaf sieht darin „eine ernste Bedrohung internationalen Stellung des Pfund Sterling.“ Er fürchtet nicht sehr, daß Amerika England aus eigener Kraft verdrängen könnte; was er aber sehr fürchtet, ist eine Kombination zwischen dem Dollar und der Goldmark, die den Kreditquellen der Vereinigten Staaten auf einen und Deutschlands Unternehmungskraft und Handel auf der anderen Seite.“ „Um es ganz deutlich zu sagen“, bemerkt er, „das entwertete Pfund würde zwischen den zwei großen Goldwährungen, dem Dollar und der Mark, aus der Weltfinanz hinausgedrückt werden.“

Befürchtungen anderer Art, die aber nicht weniger wichtig sind, hat die Aussicht auf die Ausführung des Dawesplanes in Lloyd Georges Busen erregt. Er hat im Unterhaus und sonst prophezeit, das Darlehen unter dem Dawesplan und der freie Geldmarkt würden Deutschland England wieder zu einem höchst gefährlichen Rivalen machen. Das englische Publikum scheint die wahre Bedeutung des Dawesplanes noch gar nicht zu kapieren und wenn es das nicht bald tue und die nötigen Maßregeln der Abwehr der aus ihm drohenden Gefahren ergreife, werde es seine heutige Arbeitslosigkeit nie loswerden. Lloyd George spricht gegenwärtig in der Tat ganz ähnlich wie sein großes Vorbild Joseph Chamberlain 1903 zu reden pflegte; wie dieser sieht er Englands Handel und Industrie auf den Hund kommen, wie dieser alarmiert er besonders der große Ueberfluß der britischen Einfuhr in die Zukunft, und wie dieser fordert er seine sofortige Abkehr. Die Liberalen haben Lloyd Georges einschlägige Äußerungen bisher totgeschwiegen; es steht aber fest, daß in liberalen Kreisen großes Aufsehen erregt haben und daß die Ansicht weit verbreitet ist, daß er wie sein Freund Winston Churchill, den Uebergang ins Schutzollager ant, vielleicht bestimmt von der Auffassung, daß die liberale Partei zwischen der konservativen Partei und der Arbeiterpartei verloren sei und daß er besser daran tue das sinkende Schiff rechtzeitig zu verlassen. Wie weit Lloyd George von der Orthodoxie des Freihandels bereits abgewichen ist, unterstreicht der „Spectator“ gut durch folgende Sätze:

„Der Freihändler wünscht die schnellste mögliche Wiederherstellung des deutschen Kredites um unersetzlichen, wenn nicht um Deutschlands willen. Lloyd George dagegen hat fürchterliche Angst vor einem Aufschlag, das wieder Geld zum Raufen in seiner Tasche findet. Er ignoriert tatsächlich die Lehre, daß Güter nur mit Gütern gekauft werden können, und daß, wenn Waren aus anderen Ländern kommen, wir früher oder später Waren herstellen müssen, um damit für sie zu bezahlen. Lloyd George redet, als wenn er den Kunden am liebsten umbrächte.“

Tatsächlich liegt die Gefahr für die britische Industrie nicht in der Beseitigung der deutschen Kreditnot, sondern dem immer noch nicht aufgegebenen Versuch, aus Deutschland enorme jährliche Tributzahlungen herauszupressen und mit das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu zerstören. Wenn dieser Versuch gelingen könnte, dann hätte Lloyd George zu seiner tief pessimistischen Auffassung der Zukunft von Englands Handel und Industrie allerdings Grund.

## Monopolisierung der rumänischen Erdöl-Industrie.

Das neue rumänische Bergwerksgesetz hatte in der vom Senat angenommenen Fassung in Paris und London große Unzufriedenheit erregt. In der Generalversammlung der Rumänischen Erdöl-Industrie erklärte Walter Samuel, daß, falls die einschränkende Gesetzgebung Rumäniens durchgesetzt wird, Rumänien auf den Auslandsmarkt keinerlei Anziehungskraft mehr ausüben werde. Der Pariser Korrespondent der „Financial Times“ erklärt, daß die an Rumänien interessierten französischen Gesellschaften das Gesetz praktisch als eine Verstaatlichung der rumänischen Erdöl-Industrie deuten. Der britische, der amerikanische, der französische, der belgische und der holländische Konsulate haben bei Bratiano gegen das Gesetz protestiert. Darauf hat die rumänische Abgeordnetenkammer das Gesetz in wichtigen Punkten geändert, namentlich sollen die bisher vorhandenen Rechte nicht betroffen werden. Wie wichtig dieser Umstand ist, ergibt sich schon daraus, daß die bestehenden Gesellschaften von den gegenwärtig in ihrem Besitz befindlichen und zu Neferbe bildenden 25 000 Hektaren erst 3500 Hektar ausbeuten. Außerdem können die bestehenden Gesellschaften künftig noch Privatpersonen gehörige Gebiete mit Petroleumvorkommen erwerben, die ebenfalls einen beträchtlichen Umfang haben. Ferner werden die Gesellschaften, wenn sie neue Petroleumgebiete erschließen, eine Gebietsvergrößerung ausbeuten werden, ohne daß

ihnen hinsichtlich einer Nationalisierung Schwierigkeiten bereitet werden. Nur wenn die Gesellschaften künftig staatliches Gebiet zu erwerben wünschen, müssen sie sich binnen zehn Jahren zu einer Mitarbeit der nationalen Kapitalien bereit erklären. Nach einer rumänisch-offiziösen Auslassung sind die anfangs von ausländischen Petroleuminteressenten geäußerten Besorgnisse nach den letzten an dem Gesetz vorgenommenen Änderungen unbegründet; die Mehrzahl der bestehenden Gesellschaften hat sich mit dem Gesetz einverstanden erklärt.

## Demokratische Schönheitsfehler.

Macht der American-Region.

Von F. W. Eiben.

Cincinnati, Anfang Juni.

Im Kongreß haben sich vor einigen Tagen Vorgänge abgespielt, die auf gewisse Schönheitsfehler unserer Demokratie interessante Schlaglichter werfen. Nach dem großen Kriege schlossen die Teilnehmer sich zu einer Organisation zusammen, die sich den Namen American Legion beilegte. Diese Organisation hatte ursprünglich wohl weit über eine Million Mitglieder, ist aber seither auf etliche Hunderttausend zurückgegangen. Vor etwa zwei Jahren leitete die Legion eine Agitation ein, die den Kongreß veranlassen sollte, den Kriegsteilnehmern eine Belohnung in barem Gelde auszusprechen. Diese Agitation stieß im Lande auf heftigen Widerstand. Wir haben hier mit derartigen Belohnungen allerhand Erfahrungen gemacht. Es besteht ein Gesetz, das bedürftigen Teilnehmern früherer Kriege regelmäßige Bezüge oder Pensionen ausstellt. Dieses Gesetz ist mit der Zeit immer mehr erweitert worden, und heute gibt es keinen Teilnehmer dieser Kriege, einerlei, ob er bedürftig ist oder nicht, ob er einen Tag oder eine Woche die Uniform getragen hat, der auf diese Weise nicht versorgt wird. Welch Unfug mit dem Gesetz getrieben worden ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß wir heute noch Witwen von Teilnehmern an dem Kriege von 1812 zu versorgen haben. Die alten Soldaten haben es sich zur Gewohnheit gemacht, noch ganz spät junge Frauen zu heiraten, die auf diese Weise nach ihrem Tode in einen Teil ihrer Pensionsrechte eintreten.

Auf Grund dieses Gesetzes sind im Laufe der Zeit viele Milliarden Pensionen drausgegangen, die ohne Schädigung wirklich berechtigter Ansprüche der ehemaligen Soldaten geparkt werden können. Nach solchen Erfahrungen war es kein Wunder, daß die von der American Legion eingeleitete Agitation im Lande wenig Beifall fand, zumal für die Kriegsbeschädigten und für die Hinterbliebenen gefallener Krieger ausreißend gefordert war. Allein die Legion ließ nicht locker und setzte es schließlich durch, daß der Kongreß eine ihren Wünschen entsprechende Gesetzesvorlage annahm. Sie scheiterte an dem Widerstande des ehemaligen Präsidenten Harding, und als Hardings Nachfolger Calvin Coolidge seine erste Botschaft an den Kongreß erstellte, verpflichtete er sich ausdrücklich, auch in dieser Angelegenheit die Politik seines Vorgängers fortzusetzen. Trotzdem nahm der Kongreß die Sache wieder auf. Nun machte beinahe die gesamte Presse des Landes gegen die Pläne der American Legion mobil. Auch ein großer Teil der Teilnehmer des Weltkrieges sprach sich gegen die Pläne aus, aber es half alles nichts. Der Einfluß der Legion auf die beiden Häuser des Kongresses war so groß, daß eine neue Vorlage zustande kam, vom Hause und vom Senat angenommen und dem Präsidenten zur Unterschrift unterbreitet wurde. Und der Präsident tat, was das Land von ihm erwartet hatte — er belegte die Vorlage mit seinem Veto und schickte sie mit einer meisterhaften Botschaft, in der er auf die ungünstige Finanzlage des Landes hinwies und der Mehrheit des Kongresses eine treffliche Predigt über wahren und falschen Patriotismus hielt, an den Kongreß zurück. Und nun geschah etwas, was in seinen Folgen im Augenblick noch nicht abzusehen ist — es fanden sich in beiden Häusern des Kongresses genug Republikaner mit der großen Mehrheit der demokratischen Mitglieder zusammen, das Veto des Präsidenten zu überstimmen und die Vorlage gegen seinen Protest zum Gesetz zu machen, was nach der Verfassung zulässig ist, wenn in beiden Häusern zwei Drittel der Mitglieder gegen das Veto des Präsidenten stimmen.

Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen wird die nunmehr fällig gewordene Belohnung der Teilnehmer des Weltkrieges sich auf drei bis vier Milliarden Dollar belaufen. Ein Teil dieser Ausgabe wird erst nach und nach fällig und insgesamt werden zwanzig Jahre vergehen, bis der letzte Dollar bezahlt ist. Über man befürchtet, und wahrscheinlich mit Recht, daß das Gesetz bis dahin noch mancherlei Änderungen unterzogen werden wird und daß man mit ihm ähnliche Erfahrungen machen wird, wie mit dem alten Pensionsgesetz.

Die Durchführung des Gesetzes wird die Anstellung von mindestens dreitausend neuen Beamten notwendig machen. Nahezu sieben Millionen Ansprüche werden zu prüfen sein und die Kosten werden ganz riesig sein, und die heillose Korruption, von der wir in den letzten Monaten in Verbindung mit dem Petroleumskandal und der Unterjochung der Tätigkeit des Justizdepartements so manche Probe erhalten haben, wird ein neues weites Betätigungsfeld finden.

Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß unsere gesetzgebenden Körperschaften den Einflüssen rühriger und zielbewusster Agitation zugänglicher sind, als mit dem wohlverstandenen Interesse des Landes vereinbar ist. Man kann ohne weiteres annehmen, daß von jenen Mitgliedern des Hauses und des Senats, die gegen das Veto des Präsidenten stimmten, gar manche den letzteren ob seines Mutes bewunderten, aber sie selbst konnten den moralischen Mut, der in der Botschaft des Präsidenten zum Ausdruck kommt, nicht aufbringen. Als der Präsident sich entschloß, die Vorlage mit seinem Veto zu belegen, wußte er, daß ihn das in der kommenden Wahl etliche Hunderttausend Stimmen kosten würde. Allein dadurch ließ er seine Entschließung nicht beeinflussen. Der Kongreß erlag dieser Erregung, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich bald verreckt hat. Schon macht sich in einzelnen Staaten gegen jene republikanischen Senatoren, die das Veto des Präsidenten überstimmen halfen, eine heftige Bewegung geltend. Im Senat betrug die Mehrheit gegen das Veto nur zwei Stimmen, und für die Parteifreunde des Präsidenten wäre es ein Leichtes gewesen, das Veto aufrecht zu erhalten. Deshalb wendet der Horn der Bevölkerung sich hauptsächlich gegen die republikanischen Senatoren, die mit dem Kongreß die Demokraten gegen das Veto stimmten, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der eine oder andere von ihnen seine Haltung in der Angelegenheit noch schwer bereuen wird. Der Präsident wird den Verlust der Stimmen der American Legion leicht verkraften können, denn dieser Verlust wird durch Gewinn aus der Gesamtheit der Bevölkerung reichlich aufgewogen werden. Die Volkstümlichkeit Coolidges hat durch seine entschiedene Haltung in der Angelegenheit ganz bedeutend gewonnen. Das amerikanische Volk hat sich nach dem Kriege eine sehr gesunde Abneigung gegen alles aufgeregte, was nach Demagogie ausstrahlt, und der Erfolg des in Frage kommenden Gesetzes wird allgemein als ein demagogischer Akt in des Wortes schärfster Bedeutung betrachtet; eine Aufkündigung, die sich bis zur Wahl noch kräftig durchsetzen wird.

## Unterdrückung des deutschen Schulwesens in Polen.

Grz. In Thorn besteht eine staatliche deutsche Mittelschule, die über 200 Schüler zählt, vor allem aus der weiteren Umgebung besteht, wo die deutschen Schulen meist aufgelöst sind. Den Eltern wurde vor einiger Zeit mitgeteilt, daß diese Mittelschule mit dem Schluß des Schuljahres aufgelöst werde, und zwar aus „Sparfamkeit“. Die Auflösung trifft die Eltern besonders schwer, weil das staatliche Gymnasium in Thorn nur wenige Mittelschüler aufnehmen kann, seine Klassen sind selbst stark gefüllt, und es ist aus „Sparfamkeit“ unterjagt, neue Parallelklassen zu bilden. So müssen die meisten Kinder die Volksschule besuchen. Für die älteren Jahrgänge bedeutet das ein Zurückschrauben des Bildungsganges.

Große Aufregung rief in einer Elternversammlung die Mitteilung hervor, daß in der aufzulösenden Thorer Schule Erhebungen angestellt würden, welche Kinder katholisch seien und etwas polnisch könnten. Es wurde mit Recht vermutet, daß diese Anfrage wohl der Auftakt sei zu einer Maßnahme, wie sie in Gdansk, Konik und anderswo schon durchgeführt ist: daß nämlich die Kinder deutscher Katholiken zwangsweise in die polnische Volksschule eingeschult werden. Die Eltern der 80 ebenfalls zwangsweise in die polnische Schule in Bromberg übergeführten Kinder beschwerten sich seitherzeit, weigerten sich, die Kinder zu schicken, und erhielten Schulstrafen. Die deutschen Abgeordneten beschwerten sich in einer Interpellation; in seiner Antwort stellte der Minister jedoch trocknen fest, die Verfügung habe „keine Erhebungen von Unzufriedenheit bei den Kindern“ hervorgerufen, denn es sei nicht eine einzige Klage der Eltern beim Ministerium eingegangen.

In jener Elternversammlung wurde weiter die Befürchtung geäußert, daß auch in Thorn, wenn erst einmal die Kinder der Volksschule zugeführt seien, nur den Thorer Kindern erlaubt werden würde, die Schule in Thorn zu besuchen, daß aber die Kinder aus den übrigen Ortschaften zwangsweise der Volksschule ihres Ortes zugeführt werden würden, die, nach der Auflösung der deutschen, vielfach nur noch die polnische ist. Diese Vermutung fand ihre Stütze in der Mitteilung einer Mutter aus Bodgorz, die berichtete, ihrem Sohn sei vom Lehrer mitgeteilt, daß er künftig die polnische Schule in Bodgorz besuchen müsse, weil er polnische Nationalität sei. Und dabei erzählte dieselbe Mutter, ihr Mann sei soeben aus dem staatlichen Eisenbahndienst entlassen worden, weil er ein Deutscher sei!

## Berichtete Mitteilungen.

§§ Die russische Handelsvertretung in Berlin fährt, wie aus einer Meldung der russischen Telegraphenagentur hervorgeht, mit dem Abbau ihrer Angelegenheiten fort. Sie hat abermals 60 Angestellte entlassen und andere nach anderen Ländern abkommandiert. Daß die russische Handelsdelegation völlig aufgelöst werden würde, wird bezweifelt, weil die Russen unter dem Decknamen der Handelsvertretung bekanntlich eine weit verzweigte Agitation betreiben, die sie nicht ohne weiteres werden aufgeben wollen.

— Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat Dienstag für den Rest der Tagung ihren Vorstand gewählt und dabei den alten neu bestätigt. Nur an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes, des Abg. Engberding, wurde Herr Dr. Kriege hinzugewählt. Danach besteht der Vorstand aus den Herren: Dr. von Campe, Dr. Kalle als Vorsitzenden, Buchhorn, Garnisch, Holmann, Dr. Kriege, Frau von Kulezka, Dr. Leibig und Stendel als Mitglieder, Eichhoff als Geschäftsführer.

— Der Allgemeine deutsche Beamtensbund veranstaltete am Dienstag in Berlin zwei große Kundgebungen gegen die geringe Aufbesserung der Beamtengelder der unteren Besoldungsgruppen. Die Referenten forderten unter Zustimmung der Versammlung Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes, ein neues Besoldungsgesetz und die Neuorganisation der Beamtenschaft auf gewerkschaftlicher Basis.

§§ Eine Tagung der deutschen Auslands-Handelskammern veranstaltete der Deutsche Industrie- und Handelskammertag vom 23. bis 25. September d. J. in Berlin. Die in Europa ansässigen Kammern (Barcelona, Budapest, Mailand, Wien, Zürich) werden vollständig vertreten sein. Auch die Teilnahme hervorragender Vertreter der betreffenden Organisationen in Süd- und Mittelamerika und in Ostasien ist bereits gesichert. Die Verhandlungen werden sich vor allem auf die Organisation der deutschen Auslands-Handelskammern und ihre Beziehungen zu den deutschen amtlichen Vertretungen im Ausland und in der Heimat, ihre Stellung zur Errichtung zwischenstaatlicher Schiedsgerichte und anderes mehr beziehen.

n. In Malmö findet vom 4. bis 10. August d. J. eine Allgemeine schwedische Landesmesse statt, die sechste in der Reihe der Malmöer Musterfesten. Sie wird eine besondere Abteilung für neue Erfindungen und Patente erhalten. Die schwedische Regierung hat das Paß-Visum kostenfrei für die Besucher der Malmöer Messe bewilligt. Durch Vermittlung des Ministeriums des Äußern sind persönliche Eintrittskarten bei den schwedischen Gesandtschaften, konsularischen Konsulaten sowie Handelskammern gratis erhältlich. Nur Kaufleute haben Zutritt zur Messe. Dolmetscher stehen den Besuchern kostenlos zur Verfügung. Nähere Auskünfte erteilen die schwedischen Gesandtschaften, Konsulate und Handelskammern sowie das Messeramt.

§§ Wegen des schweren Eisenbahnunglücks vor dem Potsdamer Bahnhof, das drei Tote und über 20 Verletzte zum Opfer gefallen sind, ist jetzt gegen den Eisenbahnsekretär Krüger und den Lokomotivführer Sauer aus Magdeburg Anklage auf fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahntransporthes in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung erhoben worden. Die Verhandlung dürfte erst nach den Gerichtsferien im September stattfinden.

+ Bergwerksunglück in England. Nach einer Meldung aus Halifax hat sich auf dem Bergwerk Stellarton eine Explosion ereignet. 69 Bergleute konnten an die Oberfläche befördert werden, 74 sind im Schacht verschüttet. Ihre Stimmen sind deutlich vernehmbar und es besteht die Hoffnung, sie zu retten.

## Wasserstandsberichte.

	2.	1.	30.	st.		2.	1.	30.	m.
Ratibor ..	1,63	1,60	—	1,83	Breslau OP.	5,01	5,14	5,10	
Cosel ..	0,86	0,88	—	1,00	Breslau OP.	0,70	0,60	0,68	
Krappitz ..	2,20	2,26	—	2,38	Ransern OP.	4,76	4,69	4,10	
Neisse ..	—	0,30	0,30	—	Ransern OP.	3,00	3,20	3,28	
• Md. OP.	3,80	3,80	3,80	3,81	Dyhernfurth ..	2,10	2,27	2,40	
• Md. OP.	1,74	1,66	1,85	1,91	Steinau ..	—	—	2,00	
• Brieg OP.	4,62	4,66	4,72	4,76	Tschichersberg ..	—	—	—	
• Mauerbach ..	2,56	2,72	2,85	2,74	Fürstenberg ..	—	1,75	1,68	1,70
Treschen ..	1,14	1,10	1,10	1,37	Temp. d. Od. 7 Uhr morg.	+20,0			

Ausfuhrungshöhe für die Oder-, Ohle- u. Schwarzw.-Niederung, Treschen 325.

## Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

2. Juli	Temperatur			Wind	Himmst.	Wetter	2. Juli	Temperatur			Wind	Himmst.	Wetter
	heute früh	Max. seit 24 Std.	Min.					heute früh	Max. seit 24 Std.	Min.			
Rosenthal ..	18,2	23,7	14,0	WSW 14,1	1	heiter	Schreibbühl ..	15,0	21,0	6,0	NO 2	—	klar
Kielern ..	16,0	22,0	16,0	10	halbbod	Grünberg ..	19,0	—	12,0	SO 2	—	halbb	
Schneekepp ..	7,0	10,0	5,0	S 2	12	halbbod							

## Wetternachrichten.

Die in den letzten Abenden über Schlesien überschreitenden Störungen brachten erhebliche Niederschläge. Hinter den Störungen ist etwas kühlere Luft eingebrochen. Neue, von Westen kommende Störungen bedingen jedoch eine weitere Unruhe der Lage. Ausblick für Donnerstag: Vorwiegend wolfig, warm, fischweise Niederschläge, zum Teil in Verbindung mit Gewittererscheinungen.



Verantwortlich für den politischen Teil: Otto Kretschmer; für den  
 wirtschaftlichen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Kretschmer.  
 Druck: Druckhaus „Die Welt“, Berlin, Wilhelmstr. 11.